

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 50 Pfennig, Einzelnummer 15 Pfennig
Postkonto: Band der Arbeiter, Angestellten und Beamten, U. S. B.
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adelsstraße 16
Fernsprecher Nr. 8800

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Zum zwölften Gewerkschaftskongress

F. K. Vom 31. August bis zum 5. September wird in Breslau der zwölfte Kongress der freien Gewerkschaften Deutschlands beisammen sein. Es hieße unnützlich Worte häufen, wollte man auseinanderlegen, daß er in einer trüberen Zeit tagt und vor schwierigeren Aufgaben steht, als seine beiden Vorgänger. Denn zu Nürnberg wie zu Leipzig war der zahlenmäßige Stand der gewerkschaftlichen Mitgliedschaft wie die politischen Machtverhältnisse noch besser, noch verheißungsvoller als heute. Damals wurde noch allerwärts die Möglichkeit gesehen, in absehbarer Zeit aus der kapitalistischen Wüste herauszukommen. Der Glaube an einen baldigen Beginn mit der Sozialisierung und der Wirtschaftsdemokratie war noch unerschütterter. Allein, diese Blütenkränze sind so ziemlich dahin. Heute verbietet die graue Wirklichkeit den Hochgang der Gefühle wie der Hoffnungen. Die zur Übermacht gelangte Reaktion bemerkt die Stunde zu politischer und geldlicher Ernte. Laufend Zeichen künden die Verschlechterung der Wirtschaftslage, eine dauernde Wirtschaftsnöte an. Jedenfalls ist eins gewiß, daß das Ringen ums tägliche Brot fortan noch schärfer sein wird. Und die Aussicht, aus der kapitalistischen Wüste auf politischen Wegen herauszukommen, ist sehr gering. Diesem neuen, diesem schlimmeren Stande der Dinge muß der Gewerkschaftskongress gerecht zu werden trachten.

Die Aussprache in der Gewerkschaftspresse hat fast die ganze Aufmerksamkeit auf die Frage: Berufsverband oder Industrieorganisation? gerichtet. Diese Sache ist gewiß recht bedeutend, aber sie ist natürlich nicht alles, was uns in Breslau zu beschäftigen hat. Wir unterstützen die Umwandlung des ADGB auf industrieorganisatorischer Grundlage vornehmlich deswegen, weil wir davon die Verallgemeinerung oder Verstärkung des proletarischen Gemeinschaftsgeistes erwarten.

Wenn man die Verbesserungsbedürftigkeit des Gemeinschaftsgeistes anerkennt, so muß man auch die Mittel dafür wollen. Eines der probatesten dieser Mittel ist nun einmal die Befestigung der organisatorischen Einheitsglieder der Berufs- und Industrieorganisation in umfassendere Industrieverbände. Hier, in der größeren, umfassenderen, härteren Gemeinschaft muß sich der Gemeinschaftsgeist größer, unerschütterlicher, stärker werden. Denn hier wird den Berufs- und Industrieorganisationen die Möglichkeit gegeben, sich in der Gemeinschaft zu betätigen, und damit wächst sozusagen von selbst die Gemeinschaftlichkeit des Sinnes und Handelns.

Dieser einfachen Wahrheit gerecht zu werden, wird, wie der Widerstand gegen die Industrieorganisation klarlich dazutun, vielen schwer. Wir haben für die Abneigung, den alten, liebgewonnenen Berufsverband aufzugeben und sich einer, wenn auch größeren, so doch fremden, ungewohnten Gemeinschaft einzugliedern, volles Verständnis. Es kostet sicherlich große Überwindung, einer Organisation zu entgehen, an der die Hoffnung und der Schmerz eines Menschenlebens hängt, auch wenn sie den Erfordernissen nicht mehr entsprechen sollte. Die Überlieferung erweist sich oft viel mächtiger, als die stichhaltigsten Gründe. „Die Tradition ist“, um mit Friedrich Engels zu reden, „die große hemmende Kraft, sie ist die Trägheitskraft in der Geschichte.“ Wir können nur wünschen, daß dies in unserem Falle nicht zutreffen möge.

Allein, so wichtig wir auch die Organisationsfrage halten, noch wichtiger dünkt uns der fünfte Verhandlungsgegenstand des Breslauer Kongresses: Die Wirtschaft und die Gewerkschaften. Diese alles andere überschattende Sache hat — leider — in der bisherigen Aussprache nur eine sehr geringe Aufmerksamkeit gefunden. So muß das Veräumdete in Breslau nachgeholt werden. Der gegenwärtige Stand wie der voraus-sichtliche Gang der Wirtschaft muß einer eingehenden Betrachtung unterworfen und die für uns daraus entspringenden Aufgaben deutlich umrissen werden. Dies hat schon deswegen zu geschehen, weil die zu Nürnberg gegebenen Richtlinien teilweise nicht mehr zutreffend sind und der Ergänzung bedürfen. Seit Nürnberg sind die wirtschaftlichen Verhältnisse wesentlich anders geworden und der politische Machtzustand hat sich zumgunsten der Arbeiterklasse verschoben. Der politische Weg, der vielen von uns vor sechs Jahren noch gangbar schien, ist uns, vorderhand sicherlich, versperrt. Dem Wandel der tatsächlichen und geistigen Dinge müssen die Richtlinien für die künftige Gewerkschaftspolitik Rechnung tragen. Außerdem müssen sie hinsichtlich der Mittel und Wege eine Erweiterung erfahren, sofern dies irgendwie möglich ist. Wie das gemeint ist, sei im folgenden angedeutet.

Wie jedermann weiß, kommen wir mit dem bloßen Lohnkampf nur verzweifelt langsam vorwärts. Der Aufstieg, der durch den unjünglich mühseligen Lohnkampf erreicht wird, geht in äußerst langsam aufsteigender Schmelzlinie vor sich. Nicht daß der Lohnkampf erfolglos gewesen sei. In zahlreichen Gewerkschaften und Betrieben ist es gelungen, den Lohnsatz der Friedenszeit zu erreichen oder auch darüber hinauszukommen. Allein, diese Erfolge sind bei Lichte betrachtet doch bloß mehr zahlenmäßig. Das, was in vielen mühseligen Verhandlungen und Streiks errungen, ist ganz oder doch zum größten Teil durch die Preissteigerung wieder verloren gegangen. Und nun ist mit Bombensicherheit anzunehmen, daß durch die neuen Zoll- und Steuererlasse noch weit mehr als das durch schwere Opfer Er-rungene weggewaschen wird. Fortan dürfte noch viel nachdrücklicher verhandelt und gestreift werden, um die durch Zoll und Steuer verursachte Verminderung des Realeinkommens wieder auszugleichen. Und wenn dann eine Reihe von Jahren in einem fort verhandelt, gekämpft und geopfert worden ist, werden wir vielleicht wieder soweit sein, wie vorher, ohne aber irgendeine Sicherheit zu haben, daß das Trauerspiel nicht abermals beginnt. Tragvollkommen muß selbstverständlich der Lohnkampf rüd-

sichtslos weitergeführt werden, weil er, wie die Dinge nun einmal liegen, das einzige Mittel ist, die Arbeiterschaft vor dem Verkommen zu bewahren.

Vor sechs Jahren, zu Nürnberg, konnte man noch annehmen, dieses Trauerspiel des ewigen Auf und Nieder durch Wirtschaftsdemokratie und Sozialisierung über kurz oder lang beenden zu können. Denn hierfür war damals das politische Machtverhältnis nicht ungünstig. Neue Annahme hat indessen angeichts des Aufstiegs der Reaktion zur Regierungsmacht keine Berechtigung mehr. Und niemand vermag zu sagen, wann es durch den Wandel auf politischem Gebiet wieder soweit sein wird, um erneut an die Einführung der Wirtschaftsdemokratie und Sozialisierung denken zu dürfen.

So bliebe der Arbeiterschaft nach wie vor nichts anderes, als das mehr mühselige wie erfolgreiche Geschäft des Lohnstreites. Tarifverhandlungen und Streiks müßten also bis zum Nimmerleinstage fortgesetzt werden, ohne Aussicht zu haben, nennenswert über das heutige Jammerdasein hinauszukommen.

Dermaßen trostlos will uns der Ausblick nun allerdings nicht scheinen. Wir sind der Meinung, daß die organisierte Arbeiterschaft selbst bei diesem ungünstigen politischen Machtzustand neben der Waffe der Arbeitsniederlegung noch verschiedene gemächliche Machtmittel hat oder doch haben kann. Wir meinen, daß die Arbeiterschaft in ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit, nicht weniger auch in ihrer Eigenschaft als Warenkäufer und Selbsterzeuger noch prächtige Möglichkeiten zum Aufstieg wie zur Unterhöhlung und Befestigung des kapitalistischen Zustandes hat. Wir halten dafür, daß die Arbeiterklasse, die Mehrheit der Bevölkerung, die gewaltige Macht, die sie als Käufer und Selbsterzeuger unbestreitbar besitzt, viel mehr gebrauchen sollte. Durch die bessere Organisation des Einkaufs, der Selbsterzeugung wie des Sparwesens lassen sich breite Wege zum wirtschaftlichen Aufstieg und zu Machtstellungen öffnen. Würde beispielsweise nur die Klasse der freien Gewerkschaften ihren Bedarf an Waren in den Konsumvereinen, das ist in ihren eigenen Genossenschaften decken, so, die freigewerkschaftliche Arbeiterschaft verfügte über ein Drittel des deutschen Innenhandels und der Erzeugung; sie könnte Hunderttausende von Genossen in ihren eigenen Fabriken beschäftigen. Die freigewerkschaftliche Arbeiterschaft könnte der weitaus größte Unternehmer Deutschlands sein. Daß dadurch die Lohngestaltung der gesamten Industrie wesentlich beeinflusst werden kann, liegt auf der Hand.

Doch sind dies nur larve Andeutungen. Wir sind der Meinung, daß zu Breslau das ganze proletarische Betätigungsgelände nach Mitteln und Wegen und Waffen durchsüftet werden muß. Diese Durchsüftung dürfte, wie die des biblischen Weinberges, einen viel höheren Ertrag ergeben, als man vorher anzunehmen geneigt war. Noch mehr. Wenn man in Breslau die Wirtschaft und die Gewerkschaften behandelt, dann muß auch, so will es uns sehr rasch dünken, gesagt werden, wie sich die Gewerkschaften die Befestigung der Wirtschaft denken. Die Darlegung dieses Wie darf sich aber nicht, wie es bisher meist der Fall, in allgemeinen Redewendungen erschöpfen, sondern es müssen die praktischen Möglichkeiten, die man tatsächlich und unter den heutigen Umständen vorhanden sieht, deutlich aufgezeigt werden. Und den für notwendig erachteten Maßnahmen ist beizufügen, was dabei die Gewerkschaften selbst tun können und müssen. Wird dies unterlassen, dann darf man sich nicht darüber aufhalten, daß die Unternehmer die Lösung auf ihre Weise versuchen. Die gründliche Erörterung dieses Wie dürfte in mehr als einer Hinsicht von beträchtlichem Nutzen sein. Denn dabei kommt es sozusagen von selbst nicht nur zur Darlegung der eigentlichen Ursachen der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, sondern auch, was noch wichtiger ist, zu Vorschlägen, wie ohne Lohnkürzung und Fronzeitverlängerung die Er-giebigkeit der industriellen Arbeit zu steigern ist.

Wir werfen dem Unternehmertum, und mit Recht, vor, daß seine wirtschaftlichen Verbesserungsmittel alles andere, nur nicht heilbringend sind. Hieraus erwächst uns die Pflicht, den Verbesserungsmitteln der Unternehmer unsere eigenen entgegenzusetzen. Dies ist nun zwar hier und da schon geschehen, aber doch nur in sehr unzulänglicher Weise, woraus eine Schwäche für unsere Stellung in der Öffentlichkeit wie im Wortstreit mit dem Unternehmertum und der Staatsmacht spricht. Es ist daher geboten, daß die Richtlinien für die Gewerkschaftstätigkeit neben unseren hohen Zielen und Gegenwartsforderungen unsere Vorschläge oder Mittel zur Befestigung der Wirtschaftsnöte kurz und verständlich enthalten. Das sollte weit mehr als bisher bei allen Fragen zur Richtschnur genommen werden.

In Sachen der Wirtschaft müssen wir, die Träger der künftigen Wirtschaft, viel kräftiger in die Saiten greifen. Die herrschende kapitalistische Schicht ist völlig unfähig, die Schwierigkeiten ihrer Ordnung zu beheben. Schutz Zoll, Steuererlässe, Arbeitszeitverlängerung, Lohnkürzung und ähnliches mehr kann kein vernünftiger als Heilmittel ansehen; sie sind im Grunde nichts anderes, als der Ausdruck des kapitalistischen Willens, sich vor den Wirkungen der kapitalistischen Unordnung zu schützen. Wir sind nicht der Meinung, daß die Arbeiterklasse dazu verdammt ist, nur immer der Leidtragende der heutigen Unordnung zu sein. Sie hat sicherlich selbst heute bei den wirrigen wirtschaftlichen wie politischen Verhältnissen mehr Machtmittel, als es gemeinhin scheinen mag. Es gilt nun, diese Mittel aufzufinden, sie zu einem Ganzen zu formen und ihre planmäßige Anwendung der Gewerkschaftsmasse zu zeigen. Das sollte der Breslauer Gewerkschaftskongress als seine oberste Aufgabe erachten.

Das Zentrum ist mitschuldig!

Wenn diese Zeilen vor die Leser kommen, wird der große Beutezug auf die Tasche der arbeitenden Bevölkerung vollendet sein. Der Reichstag wird die neuen Steuer- und Zollgesetze angenommen haben, wodurch den Arbeitern und Kleinbauern unzählige Millionen abgedröht und den Schwereichen zugestachelt werden. Die neuen Zölle auf Lebensmittel allein belasten das Einkommen einer fünfköpfigen Familie um 150 M. im Jahr, das heißt das Realeinkommen eines Durchschnittsarbeiters wird um ein Zehntel vermindert. Zu dieser Belastung kommen Verteuerung von tausend anderen Lebensnotwendigkeiten durch den Schutz Zoll, Erhöhung der Wohnungsmiete und neue Steuern. Die armen Teufel von Arbeitern und Kleinbauern, die längst nicht mehr wissen, wie sie ihres Lebens Nahrung und Notdurft befriedigen sollen, werden den Hungerriemen noch enger schnallen müssen.

Warum aber diese Verschlimmerung der Drangsal des arbeitenden Volkes? Nun, weil es der Regierung und den sie stützenden Rechtsparteien so beliebt. Diese Regierung und diese Parteien sind die Vertreter der Großindustriellen und der Großgrundbesitzer. Und diese wollen, daß die Reparationslast, mit deren Abtragung nächstes Jahr begonnen werden muß, auf die arbeitenden Schichten abgewälzt wird und daß sie, die Industriellen und Grundbesitzer, dabei noch ein gutes Geschäft machen. Was befürchtet wurde, ist nun eingetreten: die Reparationslast ist nicht den tragfähigen Schultern, sondern den armen Teufeln aufgebürdet worden. Noch schlimmer. Denen, die zur Tragung der Reparationslast am ehesten hätten herangezogen werden müssen, den Schwereichen, werden neue Milliarden in Gestalt von Schutz zöllen und Steuererleichterungen geschenkt.

Allerdings wäre die Brandstiftung der arbeitenden Schichten unmöglich gewesen, wenn nicht das Zentrum den Zoll- und Steuerwucher eifrig unterstützt hätte. Ohne das Zentrum wären die Parteien der Industriellen und der Grundbesitzer im Reichstage in der Minderheit geblieben. Das Zentrum diente den Brandstiftern des arbeitenden Volkes als Rückenbedeckung. Das Zentrum, dem viele christliche Arbeiter und Bauern in der Erwartung ihre Stimme gegeben haben, daß es die Sache des arbeitenden Volkes vertrete. Das Zentrum aber hat aufs neue die Sache der Schwereichen vertreten.

Wenn ihr Arbeiter und Kleinbauern klagt, daß euch allein die ganze Reparationslast aufgebürdet worden ist, dann vergesst nicht: das Zentrum ist daran mitschuldig!

Wenn ihr Arbeiter und Kleinbauern künftig noch mehr für's Brot zahlen müßt, euer Realeinkommen noch geringer wird und ihr noch einen höheren Bruchteil an Steuern entrichten müßt, dann vergesst nicht: das Zentrum ist daran mitschuldig!

Wenn ihr Arbeiter und Kleinbauern fortan den Hungerriemen noch enger schnallen müßt, noch mehr Franken und Kinder in Fesseln müßt, die Bleichsucht, Tuberkulose und Hungertypus noch ärger wüten, dann vergesst nicht: das Zentrum ist daran mitschuldig!

Wer das Treiben des Zentrums und seiner Wucherbrüder im Reichstage nicht in der Nähe beobachten konnte, der mag das hier über das Zentrum Gesagte für Übertreibung halten. Das ist jedoch keineswegs der Fall. Zum Beweise hierfür wollen wir ein Blatt reden lassen, das weder sozialdemokratisch noch bolschewistisch ist, nämlich die Welt am Montag. In ihrem Leitartikel vom 3. August steht unter anderem geschrieben:

„Warum ist das Zentrum gegen Offenlegung der Steuerlisten? In Amerika hat sie sich als ausgezeichnetes Kontrollmittel der Öffentlichkeit erwiesen. Der Lohn- und Gehaltsempfänger kann keine Steuern hinterziehen. Ihm wird reflex sein Schuld an der Quelle abgelesen. Es sind ganz andere Elemente, die hinterziehen, wie die Mitteilungen des Abg. Keil über den ungeheuerlichen Steuerandal mit Georg v. Bielesch Erben beweisen... Wer sich der Offenlegung der Steuerlisten widersetzt, fördert die Steuerhinterziehung.“

Warum ist das Zentrum gegen eine wirksame Erbschaftsteuer? Etwas im Interesse der christlichen Gewerkschaften! In England hat die Erbschaftsteuer... im vergangenen Jahre 1120 Millionen gebracht, bei uns 26. Das ist nicht eine Folge des größeren Reichtums Englands... Es gibt keine gerechtere, es gibt keine wirtschaftlich bessere Steuer als die Erbschaftsteuer. Wer die 95 bis im Zentrum, die davon nur Vorteil hätten, lassen sich von den 5 bis unterbuttern, die ihren Erben gern eine fähbare Erbschaftsteuer ersparen möchten.“

Warum tritt das Zentrum nicht für das Erbrecht des Reiches bei testamentarischen Erbschaften ein, wenn keine Abkürzungen vorhanden sind? Jedes Erbrecht ist eine starke Konzeption an dem Kapitalismus... Wenn jedoch jemand ohne Frau und Kinder stirbt und nicht einmal ein Testament macht, so ist es absoluter Unfug, daß dann der Fiskus sich bemühen soll, die Erben dieses Menschen zu ermitteln. Nein, dann soll der Fiskus, das heißt die Allgemeinheit, als Erbe eintreten.“

Warum legt das Zentrum bei der Veranlagung des ländlichen Grundbesitzes zur Vermögenssteuer den Ertragswert und nicht den gemeinen Wert zugrunde? Das ist eine ungeheuerliche Bevorzugung des Großgrundbesitzes gegenüber den Bauern. Der Ertrag der großen Güter pro Hektar ist unendlich oft viel geringer als der der kleinen (Paris, Bildauer, enfernte Außenwägen, extensive Wirtschaft)... Jeder vernünftige Zentrumsbauer muß dafür sein. Wer dem Zentrumsgrafen mag das allerdings un bequem sein.“

Warum macht das Zentrum die ungeheuerliche Ungerechtigkeit der Einkommensteuer mit, wie sie die Regierung vorzögt? In England zahlt der ledige Arbeiter keinen Progressiven Steuern, wenn er jährlich weniger als 2700 M. Einkommen hat. Bei uns beginnt die Einkommensteuer schon bei 900 M. Die Sozialdemokratie, unendlich beschissen, wollte wenigstens 1200 M. steuerfrei lassen. Nicht einmal dafür war das Zentrum zu haben. Wie kann es das vor seinen christlichen Gewerkschaften verantworten? Was müssen diese katholischen Arbeiter für launische gebuldige Wesen sein, daß sie sich solche Behandlung gefallen

lassen und zum Danke dafür das nächste Mal wieder die Guss-...
Sammer, den Dampfer und Genossen wählen!

Und alles das ist ja erst ein Anfang. In dieser Woche hat das
Zentrum bei den Steuern die Weichen gestellt und die Steuern ge-
senkt. In der nächsten Woche wird es bei den Zöllen nach dem
Brandschlag handeln: wer da hat, den reich gegeben, und wer da nicht
hat, dem wird auch das noch gesonnen, was er nicht hat.

Unendlich soll es sich über Großgrundbesitz und
Schwerindustrie. Bei mittleren Bauern und Fabrikanten hält sich
Jollvorteil und Jollschaden ungefähr die Waage. Aber etwa 90 vH
der Bevölkerung haben nur Schaden von den Zöllen. Und die
ersten den größten. Der Junggeselle zahlt wenigstens nur
für ein Korn- und Fleischzölle. Aber wer eine Frau und sechs Kinder
hat, der muß achtmal den Zoll auf Nahrungsmittel zahlen.

Alle gerechte Steuerpolitik gebietet Progression nach oben; je
leistungsfähiger jemand ist, um so mehr soll er Steuern zahlen.

Zölle auf Lebensnotwendigkeiten sind Progression nach unten:
je mehr Kinder jemand hat, um so mehr Zoll muß er zahlen.

England: Keine Zölle auf Lebensmittel, dafür Steuerfreiheit
bis 2700 M.

Wir: Kleinzölle auf alle Lebensnotwendigkeiten, dafür Steuern
ab 900 M.

Ich beneide die Zentrumsführer nicht um ihr christliches Ge-
wissen, das sie solche Steuer- und Zollpolitik vertreten läßt. Aber ich
beneide die katholischen Arbeiter, Angestellten, Beamten und Klein-
bürger um die wahrhaft himmlische Geduld, mit der sie
diese himmelschreiend ungerechte Politik ihrer Führer ertragen. Be-
kommen sie auf die rechte Wade einen Schlag mit der Steuerfaust, so
reichen sie 1 linke Wade dar, um darauf den Schlag mit der Zollfaust
zu erhalten. Alles zur höheren Ehre der katholischen Schwerindustrie
und des katholischen Großgrundbesitzes.

Den Ausführungen des bürgerlichen Blattes ist vielleicht
nur noch die Frage nach dem Verhalten der zentrumschristlichen
Gewerkschaftsvertreter im Reichstage beizufügen. Daß die große Mehrheit der Zentrumsfraktion auf Seite der
Ausbeuter steht, ist ja genügend bekannt. Aber ihr gehören
Sente an, die von den christlichen Arbeitern gewählt wurden,
damit sie die Sache der Arbeiterchaft verfechten. Was haben
diese christlichen Gewerkschaftsabgeordnete gegen den Steuer-
und Zollwucher getan? Wie oder wodurch haben sie den Luiftrag
ihrer Arbeiterwähler erfüllt? Das ist allerdings eine Frage, die
vorerst die Zentrumsarbeiter zu stellen haben. Oder sollte deren
„Herzgraue Lammsgeduld“ auch die neueste unerhörte Brand-
schädigung wortlos hinnehmen? Wie dem auch sei: die christlichen
Arbeiter sind genau so gedrückt, sie schmerzen, blechen und hun-
gern ebenso wie alle anderen Proletariat. Auch die christlichen
Arbeiter werden fortan noch lauter über zu geringen Lohn,
über unerschwingliche Preise, über zu hohe Steuern klagen.
Ihnen muß immer und deutlich geantwortet werden:

Das Zentrum ist mit schuldig an eurer Drangsal! Bergesht
das nicht!

Von den „ehernen Gesetzen“ der Wirtschaft

Wenn jemals von sozialistischer Seite ein Eingriff in das
Wirtschaftsleben vorgeschlagen wird, erheben die Kapitalisten
und die von ihnen besoldeten Professoren dagegen mit weißer
Bande den Einwand: Die Wirtschaft verläuft nach „ehernen
Gesetzen“, daran können wir nichts ändern, jeder künstliche Ein-
griff ist zwecklos und kann höchstens schaden.

Hörst man genauer nach, was das für „eherne Gesetze“ sein
mögen, wie sie beschaffen sind, wie sie lauten, so entpuppt sich,
daß es im Grunde nur ein einziges Gesetz ist, an das die Bour-
geoisie glaubt, nämlich das sogenannte Gesetz von Angebot und
Nachfrage. Das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage ist
— so glaubt der Bourgeois — das oberste regelnde Gesetz des
Wirtschaftslebens. Ist irgendwo etwas nicht in Ordnung, so
muß man den Dingen nur ihren „natürlichen“ Lauf lassen, das
wird man nach abwarten, bis sich Angebot und Nachfrage
wieder ins richtige Verhältnis zu einander gesetzt haben, was
mittels steigender oder sinkender Preise geschieht, und dann
kommt alles mit der Zeit von selbst wieder ins Lot. Etwaige
Störungen müssen sich darauf beschränken, dem „natürlichen“
Spiel von Angebot und Nachfrage freie Bahn zu lassen,
Eingriffe aus dem Wege zu räumen. Das ist alles, was der
Bourgeois etwas zur Heilung tun kann. Aber sich dem „ehernen
Gesetz“ entgegenstemmen, wäre fruchtlos, wenn nicht schäd-
liches Beginnen.

So schallt den Sozialisten entgegen bei jedem Versuch, in
den Bereich des wirtschaftlichen Geschehens planmäßig ein-
zugreifen. Und dennoch, unsere Vorgeschichte kann auch
widers. Wir erleben gerade jetzt ein lehrreiches Beispiel.

Kohlenkrise heißt das Schreckenswort, das in diesem
Anfang des Herbstes laut nicht etwa nur in Deutschland,
sondern auch in England, in Belgien, in Frankreich wird. In
Deutschland können sich allein auf den Helben des Kohlen-
preises Steinkohlennetze im Werte von 150 bis 200 Millionen
Mark, und die Stilllegung der Gruben nimmt immer bedroh-
lichere Formen an. Allerdings geht man dazu über, auch die Er-
haltungskosten in den stillgelegten Gruben einzustellen, sie
zu verkaufen zu lassen, so daß an eine Wiederaufnahme der Arbeit,
jetzt es auch in späterer Zeit, überhaupt nicht mehr zu denken ist.

Das wäre denn zu ein Schlußwort des „ehernen Gesetzes“
von Angebot und Nachfrage. Täglich lesen wir in der bürger-
lichen Presse protestantische Äußerungen über die Ursachen der Stö-
rung. Eine „Überproduktion“ von Steinkohle habe stattgefunden.
In der Tat hat die Steinkohlenförderung der Welt den Höhe
punkt von 1913 wieder erreicht, indes die gesamte jährliche Pro-
duktion — und damit der Bedarf an Kohle — noch um rund
30 Prozent höherer zuwächst. Überdies wird heutzutage
überhaupt nicht mehr so viel Kohle gebraucht, wie früher, weil
man gelernt hat, sparsamer zu wirtschaften, mit der Wärme
besser umzugehen, Erzeugnisse, wie Papier und Öl zu ver-
werten usw.

Nun also, wenn die Dinge so liegen, dann legt doch dem
„ehernen Gesetz“ keinen Lauf. Viel zu viel Kohlen sind her-
gekommen, das Angebot ist übermäßig, die Nachfrage reicht nicht
aus. Was geschieht das „eherne Gesetz“ für solche Fälle? Starke
Senkung der Verkaufspreise. Es ist auch gar nicht
zu bezweifeln, daß das zunächst sehr wirksam helfen würde.
Denn es gibt noch wichtige Verwendungsmöglichkeiten für
Kohle, je mehr sie nur billig genug ist. Man denke also die Preise
gerade in dem Verhältnis, wie das Angebot die Nachfrage über-
steigt, und man wird sehen, wie schnell sich die Helben des Kohlen-
preises heilen werden.

Aber was müssen wir halt dessen erleben? Die Kapitalisten
denken gar nicht daran, das zu tun. In Deutschland nicht und
auch nicht in England. Vielmehr verlangen sie als ihr selbst-

verständliches Recht eine Unterstützung von der Re-
gierung, um ihre Kohlenvorräte festhalten zu können. Und
in Deutschland hat man es fertig bekommen, gerade in dieser
Lage am 1. August die Kohlenpreise noch zu er-
höhen!

Die gesamte Weltproduktion an Steinkohle — so schrieb am
31. Juli ein Sachverständiger im Berliner Börsen-Courier —
übersteigt um 240 bis 250 Millionen Tonnen den zahlungs-
fähigen Bedarf, und das liegt an der „Depression der ver-
arbeitenden Industrie auf dem gesamten Weltmarkt“ sowie an
den „Erfolgen der Wärmekrise“. Was Deutschland allein an-
betrifft, so dürfte es gegenwärtig rund 21 Millionen Tonnen
mehr haben, als verkauft werden können. Alle Bedingungen für
eine starke Senkung der Preise kraft des „ehernen Gesetzes“ von
Angebot und Nachfrage sind somit gegeben, und in demselben
Augenblick begünstigt man uns in Deutschland mit einer Verteue-
rung der Kohlen!

Man weiß, daß die Regierung drauf und dran ist, dem tollen
Verlangen der Grubenbesitzer nach Staatsunterstützung, damit
die Kohle teuer bleiben kann, nachzugeben. Vorläufig ist freilich
nur von 15 Millionen Mark die Rede, was ja allerdings, bei
einem Bedarf von 150 bis 200 Millionen, beinahe wie ein
schlechter Witz anmutet. Aber das ist ja nur erst der kleine
Finger, den man dem Teufel bietet, die ganze Hand wird schon
nachfolgen. Man weiß ferner, daß die Kapitalisten den feinen
Plan ausgeheckt haben, die „Überproduktion“ durch — noch ver-
mehrte Produktion zu heilen: die Arbeiter sollen wieder aus-
laden. Sie sollen jeden Tag eine halbe Stunde länger sich
quälen — ohne Lohn! — damit die Kapitalisten die Kohlen
billiger kriegen. Das Ansehen ist so toll, daß man auf den ersten
Blick nicht sicher ist, ob man es ernst nehmen darf. Es proklamiert
in der nachsten Weise den Grundgedanken, daß die Arbeiter sich zum
Vorteil der Kapitalisten opfern sollen. Jedenfalls aber beweisen
diese Vorgänge, daß die Kapitalisten ihren guten Rat von wegen
der „ehernen Gesetze der Wirtschaft“, denen man sich nicht in
den Weg stellen dürfte, immer nur für sozialistische Vorschläge
in Bereitschaft haben, daß sie aber im Traum nicht daran denken,
ihn selbst zu befolgen.

Aus dem Reichstag

Eine Unterbrechung der Erwerbsarbeiten im Reichstage wurde
herbeigeführt durch eine Besprechung verschiedener Anträge, die ge-
stellt worden waren über die Ausweisung deutscher Staats-
bürger aus Polen und die Zustände in dem Flüchtling-
lager bei Schneidemühl. Die polnische Regierung, die sich
auf einen Schiedsspruch der von dem Völkerbunde eingesetzten Kom-
mission stützt, hat rund 30 000 Leute ausgewiesen, die sich als frühere
Deutsche für die deutsche Reichsangehörigkeit erklärt hatten. Diese
Ausweisung wurde zu nächstlos vorgenommen, daß nicht einmal
Greise, Schwerkranken, Witwen und Waisen ausgewiesen
wurden, und sie wurde mit einer solchen Eile betrieben, daß es sehr
schwer hielt, die Ausgewiesenen unterzubringen, weshalb diese in
einem Durchgangslager bei Schneidemühl einsteilen notdürftig
Unterkunft fanden. Das Lager war bald überfüllt, der Zustrom der
Landesvertriebenen überflutete das Lager und es traten bald grau-
samste Zustände ein, zumal es den zuständigen Behörden an der er-
forderlichen Umficht und Zutrifft mangelte. Erst als der preussische
Innenminister Regierung selbst im Lager erschien und persönlich
eingriff, wurden durchgreifende Maßnahmen getroffen, um die Miß-
stände abzustellen. Trotzdem der Minister in jeder Weise seine volle
Pflicht und Schuldigkeit getan hatte, wurde er von der Reichspresse
in der handgreiflichsten Weise angepöbel, eben weil er Sozial-
demokrat ist.

Bei der Besprechung der gestellten Anträge wurde von verschiede-
nen Seiten das Verhalten der Deutschnationalen als ein Skandal
bezeichnet. Diese edlen Herren tun nichts für die armen Ausgewiesenen,
aber ihre Not benutzen sie zu nationalpolitischen Parteizwecken. Es wurde
festgestellt, daß sich die oberste polnische Großgrundbesitzer ge-
weigert haben, Wohnungen für die Flüchtlinge herzugeben. Be-
zeichnend ist es auch, daß die Großgrundbesitzer, die vor dem
Kriege ihr Deutschtum so ostentativ zur Schau stellten, bei der Um-
wandlung die polnische Nationalität angenommen haben und Polen
geworden sind, während zahlreiche Arbeiter und Angestellte
an ihrem Deutschtum festgehalten haben und nun aus-
gewiesen sind. Mit Recht wurde auch darauf hingewiesen, daß die
Schuldlosen der polnischen Regierung gegenüber die Dantzig
und für jene Politik, die Deutschland vor dem Kriege getrieben hat.
Schlimm ist hierbei, daß die kleinen Leute die Opferkammer hier von
sind und alle Not getragen haben.

Der Reichssozialminister Dr. Stresemann kündigte an, daß
die deutsche Regierung beschloßen habe, innerhalb von 48 Stunden
sämtliche polnische Deputierten aus Deutschland auszuweisen. Allerdings
geschieht dies nicht, wie er jagt, aus dem Gefühl der Befriedigung,
sondern mit dem Gefühl der Verachtung. Damit ist diesen
Kameraden, die für das Vorgehen der polnischen Regierung leiden müssen,
nicht geholfen. Auch hier sind es fast ausschließlich Proletariat, die von
dieser Gegenmaßregel betroffen werden. Zum Schluß wurde eine Ent-
scheidung angenommen, worin der Reichstag gegen die Maßnahmen
der polnischen Regierung protestiert und sie als eine Verletzung
völkerrechtlicher Pflichten brandmarkt.

Die Steuerdebatte ist nunmehr zu Ende gekommen. Ein Antrag
auf Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages wird abgelehnt,
das Einkommensteuergesetz wird mit 237 Stimmen gegen
177 Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten
angenommen. Bei der Reichstagsdebatte verließen die sozialdemo-
kratischen Anträge, die Lebensmittel von der Umsatzsteuer freizulassen
und die Umsatzsteuer von 1% auf 1 vH herabzusetzen, der Ablehnung.
Die Reichstagsdebatte wurde angenommen mit 253 gegen 156
Stimmen. Auch die Handwerkssteuer, gegen die die überwiegenden
Stimmen ins Feld geführt worden sind, findet Annahme. Zum Schluß
gelangen die fünfzehn Steuerentwürfe der Regierung zur Annahme.
Dagegen stimmen Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten und
einige andere.

Damit haben die Regierungsparteien ihren Willen durchgesetzt,
die letzten Regeln müssen die Steuern zahlen, die jene hemmigen.
Eine wunderbar Leistung der Arbeit: die Vertreter der besitzenden
Klassen überwinden den Instanz der Steuern als Liebesgaben, über-
lassen es aber den Proletariats, die Steuern zu tragen. Denkbar kann
der Klassenkampf nicht anders finanzieren wohl
kann zum Niedergang gelangen. Die Folgezeit wird lehren, ob und
wie die Kapitalisten den Steuerhieb die Dantzig für ihre
Schuldigkeiten zahlen werden.

Die Kampagne über die neuen Zollvorlagen beginnt
nun Anfang unter einer Scheitlerklärung, die auf einen heftigen
Zusammenstoß der Gegenstände hindeutet. Die geschlossene Mehrheit
der „Rechten und Linken“ hat es sehr eilig, sie wird in allerletzter
Zeit ihre Grinde in die Augen bringen, da sie das Bedürfnis hat,
in die Ferien zu gehen. Darum hat sie beschlossen, den Rednern der
Opposition nur eine beschränkte Redezeit zu gewähren, um die
Vorlage herabzusetzen. Damit sind die Gegner der Vorlage
natürlich nicht einverstanden. Die Sozialdemokraten haben, wie bei
den Steuern — so auch bei den Zollvorlagen, die feste Absicht, diese Ge-
setze energig und unerschrocken zu bekämpfen.

Zu Beginn der Kampagne protestiert der Redner der Sozial-
demokratie gegen die Vergewaltigung der Opposition,
daß er als ein parlamentarische Opposition und als ein Vorkämpfer
jede geordnete parlamentarische Beratung beginnt. Die Regierung-
sparteien haben im Ausschuss förmlich überhand genommen, indem sie es

nicht für nötig gehalten haben, auf die sachlichen Gründe der Oppo-
sition sachlich zu antworten. Deshalb muß die Beratung der Vorlage
im Ausschuss ausfallen, die Aussprache im Reichstage selbst und eine
gründliche Unterlegung des für und Wider bildet die Grundlage
aller parlamentarischen Auseinandersetzungen. Bezeichnend ist, daß die
Zentrumsfraktion in ihrer Rolle als Jollführergruppe zu den
Vorwärtsparteien und dadurch das schosie Vorgehen der
Jollführer gestützt hat.

Die Steuergesetze angenommen

Die Steuerkrise ist geschlagen. Sieger ist der Rechtsblock im
Reichstag geblieben. Die Mehrheit für die Rechte konnte nur gewährt
werden, weil das Zentrum die treue Gefolgschaft
leistete. Das Zentrum ist mit den Rechtsparteien durch die dumm
gegangen und es hat in nur unmerklicher Veränderung alles unter-
stützt, was die Deutschnationalen verlangten. Der Kampf um die
Steuern- und Zollvorlagen ist somit zu einem Wendepunkt in der
politischen Geschichte der Nachkriegszeit geworden. Der Rechtsblock
dürfte für immer dahin sein. Denn es darf wohl als ausgeschlossen
gesehen, daß ein enges Bündnis einer Arbeiterpartei wie der Sozial-
demokratie mit einer Partei, die die Steuern- und Zollvorlagen durch-
zusetzen will, jemals wieder geschlossen werden kann. Damit werden
auch wohl nur die sozialdemokratischen Kreise, die am Zentrum eine
sozialfortschrittliche oder arbeiterfreundliche aber sehen wollten, von
ihrem gefährlichen Bahn endlich kurieren sein.

Was die Steuervorlage bedeutet, ist in diesen Spalten des öfteren
auseinandergeklärt worden. Alle noch in den letzten Tagen einge-
brachten Verbesserungsanträge wurden rücksichtslos niedergestimmt.
Und sogar die Zentrumsarbeiter mußten erleben, wie unerbittlich
die Mehrheit von Steuerwuchern ist. Die Zentrumsarbeiter hatten
nämlich in letzter Stunde gefordert, wenigstens die Umsatzsteuer für
die notwendigen Lebensmittel aufzuheben. Die Regierung erklärte
jedoch, daß sie unter keinen Umständen die Umsatzsteuer unterhöhlen
ließe. Schließlich begnügt sich das Zentrum mit der Zusage, daß die
Umsatzsteuer ab 1. Oktober auf 1 vH ermäßigt werden soll, das heißt
wenn die Zollvorlage zur Annahme gelangt. Damit ist wiederum
eine Gelegenheit geschaffen, die christlichen Arbeiter an ihrem eigenen
Strick aufzuhängen. Denn schluden diese die Zollvorlage nicht, dann
bleibt es bei einer Umsatzsteuer von 1% vH wie bisher. Nach einigem
Widerstand ist Steigewald mit seinen Getreuen umgefallen. Die
Steuervorlage war gerettet, die Kapitalisten können zu ihrem Teil
zufrieden sein. Die Zollvorlage wird ebenfalls durchgepeitscht sein,
wenn diese Zeilen vor den Leser kommen.

Der größte Raubzug aller Zeiten auf geschmackigem Wege wurde
vollführt. Es ging nur um sieben Milliarden Goldmark, die dem
deutschen Volke in Form von Steuern entzogen werden sollen. Die
Rechte hat ihr Ziel erreicht, diese gewaltige Summe in der Hauptsache
dem arbeitenden Volke aufgebürdet zu haben. Bergessen wir nie, daß
dies mit Hilfe des Zentrums einschließlich deren Arbeiter-
vertreter möglich war.

Der Zwischenhandel als Warenvertreuer

Wir haben hier schon wiederholt betont, daß in vielen Fällen die
Verteilung einer Ware mehr kostet, als ihre Herstellung und daß
diese Verteuerung auf die Umwege von Zwischenhändlern zurück-
zuführen ist. Diese Zwischenhändler stehen zwischen Erzeuger und
Verbraucher, an ihren Händen bleibt ein erschrecklich hoher Teil des
Warenpreises hängen; obwohl sie keinen Handreich nützliche Arbeit
leisten, müssen sie sich am Lische der Wirtschaft, und das recht gut.
Solange diese Parasiten nicht ausgeschaltet werden, wird die Ver-
billigung der Waren schwer halten. Jedermann kann dabei leicht
mithelfen, indem er alle seine Bedürfnisse in dem Konsums-
verein deckt.

In welchem Maße die Zwischenhändler die Waren verteuern,
geht aus einem Aufsat der täglichen Rundschau: Wer verteuert die
Lebensmittel vom 7. Juli hervor. Es wird darin festgesetzt:

1913: Beim Bauer	0,50 M
1913: Großhandel	0,77
1913: Im Fleischerladen	1,-
1925: Beim Bauer	0,45 bis 0,55
1925: Großhandel	1,-
1925: Im Fleischerladen	1,70

Seit einigen Tagen kostet es im Laden in Berlin 2,- bis 2,40 M.
Diese Feststellungen, die sich beim Handel mit anderen Waren
bestimm nicht viel anders ausnehmen, sind empörend. Auf die Ver-
billigung solcher unerhörten Verteuerung müßten Erzeuger wie Ver-
braucher eigentlich gleich nachdrücklich dringen. Von dem ersten merkt
man jedoch nicht viel. Um so mehr haben sich die Verbraucher darum
zu kümmern. Sie können sehr viel der Parasiten dadurch ausschalten,
daß sie sich, wie gesagt, massenhaft den Konsumvereinen
anschließen.

35 Milliarden verloren

Ein bekannter Volkswirtschaftler schätzt den Ausfall an Lohn-
und Gehaltsentommen der Lohnarbeiterschaft während der Inflations-
zeit gegenüber der Vorkriegszeit auf 35 Milliarden Goldmark. Nach
dieser Schätzung betrug das Lohnentkommen von 10 Millionen Ar-
beitern, die vor dem Krieg in Deutschland beschäftigt waren, jährlich
10 Millionen Mark (mit 1000 M je Kopf gerechnet). Die Geld-
entwertung begann im Jahre 1916 und bis zum Zeitpunkt des Wäh-
rungszusammenbruchs 1923 betrug der Reallohn dieser Arbeiter
durchschnittlich 50 bis 70 vH des Vorkriegslohnes, das heißt es war
ihre Reallohn jährlich um 3 bis 5 Milliarden Mark geringer als
vor dem Krieg. Rechnet man die Löhne und Gehälter der in Handel
und Verkehr beschäftigten Arbeiter und Angestellten und die Beamten-
gehälter hinzu, so hat die Lohnempfängerenschaft jährlich durch-
schnittlich 5 Milliarden Goldmark weniger erhalten als vor dem
Krieg — in 7 Jahren 35 Milliarden Mark. Das war das finanzielle
Kriegs- und Inflationsopfer der Arbeiter. Ungefähr denselben Betrag
haben die Rentner durch die Geldentwertung verloren. Wohin ver-
schwand diese ungeheure Summe, die dem Verbrauch der Arbeiter
und Rentner entzogen wurde? Zum Teil wurde sie für unproduktive
Zwecke, wie Kanonen, Munition usw. verpulvert, zum Teil wanderte
sie zu den Kapitalgebern der Inflation, welche diese Summen zur Ver-
mehrung ihrer Vermögenshäufung, das heißt zur Erweiterung ihrer
Betriebsanlagen verwendeten.

Die Lohnvergleich für die Schiffbauindustrie. Die englische Fach-
zeitschrift Engineer stellt einen Vergleich über die Löhne der eng-
lischen, holländischen, deutschen und amerikanischen Werftarbeiter an.
Die Jahresarbeiter beziehen in England (alles in Dollar ausgedrückt)
wöchentlich 16,22, in Holland 20,45; in Holland 14,5 bis 15; in
Deutschland 8,10; in den Vereinigten Staaten 34,56 (Schmiede
40,28). Ungelernte erhalten in England 12,69; in Holland 12,36; in
Deutschland 6,48; in den Vereinigten Staaten 23. Die englischen
Löhne mit 100 gesetzt, ergeben sich folgende Zahlen: Holland 87;
Deutschland 47,5; die Vereinigten Staaten 206. Zur richtigen
Veranschaulichung dieser Angaben müßten freilich die verschiedenen Löhne
des Lebensunterhalts und die Arbeitszeiten berücksichtigt werden, wo-
durch das deutsche Schicksal eher noch trüber würde.

Spanischer Brief

Von Manuel Figuerro

In meinen früheren Berichten machte ich die deutschen Kollegen, wenn auch nur in den Hauptzügen, mit den sozialen Verhältnissen bekannt, unter denen sich die Organisation der spanischen Metallarbeiter entwickelt. In dem heutigen Aufsatz will ich mich mit der ungeheuren Verteuerung der Lebenshaltung beschäftigen, die sich in so erschreckender Weise in den spanischen Proletarierfamilien fühlbar macht. Diese Verteuerung erreicht heute schon ein solches Ausmaß, daß es unmöglich ist, das Allernotwendigste anzuschaffen, um das Leben auch nur einigermaßen erträglich zu gestalten. Wenn es auf dem von der Regierung eingeschlagenen Weg so weitergehen sollte, dann wird die Folge davon sein, daß die Arbeiterkraft zu Gewaltmaßnahmen gezwungen wird, obwohl ein jeder weiß, daß Gewalt zu keinerlei praktischem Ziele führt. Ein entrechtetes, vom Hunger geschwächtes, verzweifelttes Volk, das jeder Freiheit beraubt ist, dessen Hirn infolge Bildungsmangel und durch miltaristische Propaganda abgestumpft ist, wird es stets nur zu epileptischen Erschütterungen bringen, wie solche einem schwer leidenden Volkstörper eigen sind. Dies ist die Aussicht, die sich dem spanischen Proletariat bietet, das mit dem Ruin des spanischen Volkes enden wird, wenn dieses Volk sich nicht zu einer höchsten Anstrengung aufrafft und mit einem Schlag Schluß macht mit den Ursachen, die seine Leiden hervortreiben.

Zum besseren Verständnis meiner Darlegungen will ich hier so übersichtlich wie nur möglich einige Angaben machen. Nehmen wir als Beispiel einen Arbeiter, der täglich 10 Peseten Arbeitslohn verdient (viele erreichen aber diesen Verdienst nicht), also während der sechs Wochentage 60 Peseten zur Deckung der Ausgaben für sieben Tage hat. Nehmen wir an, daß dieser Arbeiter Frau und zwei Kinder hat (die meisten haben aber vier bis sechs Kinder), und stellen wir Einnahmen und Ausgaben, wie untenstehend, einander gegenüber, dann gelangen wir zu folgendem Ergebnis:

Einnahmen die Woche	Peseten
Einnahmen die Woche	60.—
Ausgaben die Woche: Brot 14 kg (je 0.65 Peseten)	9.10
Erbsen, Bohnen, Gemüse, 3 kg (je 1.80)	5.40
Rindfleisch dritter Güte, 8 kg (je 1.90)	5.70
Speck, 1 kg	5.—
Kartoffeln, 8 kg (je 0.40 Peseten)	3.20
Stoßfisch, 1 kg	3.10
Reis, 1 kg	1.60
Ol, 1 Liter	2.50
Kaffee, 1/4 kg (1 Kilogramm 9 Peset.)	2.25
Milch, nicht entrahmt, 7 Liter (je 0.80 Pes.)	5.60
Zucker, 2 kg (je 1.75 Peseten)	3.50
Grünzeug (Suppengrün) für die Woche	2.—
Brennstoff für Küche und Heizung	5.—
Zusammen	53.95

Daraus ersehen wir, daß ein Arbeiter, der wöchentlich 60 Peseten verdient, allein schon für seine und seiner Familie Ernährung 53.95 Peseten ausgeben muß, so daß ihm für Wohnung, Kleidung und Schuhwerk und unvorhergesehene (sonstige) Ausgaben ganze 6,05 Peseten wöchentlich übrig bleiben. Mit diesem Rest ist es unmöglich, auch nur mittelmäßig auszukommen. Die Wohnungssfrage ist das Problem, das die Arbeiter ständig mit Sorgen erfüllt. Die Bekleidung ist ungeheuer teuer. Damit man sich ein lazes Bild von der Wirklichkeit dieser Fragen machen kann, will ich einige kleine Beispiele geben. Ein Arbeiteranzug aus blauem Drill, wie ihn die Arbeiter in den metallverarbeitenden Betrieben gebrauchen, kostet in den Läden 25 bis 30 Peseten, ein Tuchanzug für die Straße 125 bis 200 Peseten; Leibwäsche kostet: ein Herrenhemd 10 bis 12 Peseten. Auch die Anschaffung des Schuhwerks verursacht den Arbeitern die größten Schwierigkeiten. Stiefel, die diesen Namen gerade noch verdienen, kosten 50 bis 60 Peseten. Entsprechende Preise für alle anderen Gegenstände des täglichen Gebrauchs. Nun darf man nicht meinen, diese Sachen seien etwa aus dem Ausland eingeführt. Durchaus nicht. Es sind alles in eigenen Lande hergestellte Waren. Die Tuche stammen aus den spanischen Textilgebieten, wo große Mengen Textilwaren hergestellt werden. Dasselbe gilt für das Leder und die Ledermatten.

Heute sehen sich die spanischen Arbeiter nicht allein ihrer öffentlichen und sozialen Freiheiten beraubt, wir werden, wenn das jetzt in Spanien herrschende System weiter fortgesetzt wird, in die Unmöglichkeit versetzt, die hohen Ernährungslohnkosten und noch weniger die unerhöht hohen Bekleidungskosten zu bestreiten. Die Unfähigkeit der gegenwärtigen Machthaber Spaniens liegt auf der Hand, Börsenschieber und Spekulanten fähigen befriedigend ihre schändliche Habgier mit dem Fleische eines hungernden, zerrissenen Volkes. Der unheilvolle Schlund des marokkanischen Abenteurers droht den letzten Blutstropfen und den letzten Heller des geduldbigen spanischen Volkes zu verschlingen. Es wird sicher nicht mehr lange anhalten, bis die organisierte Arbeiterschaft strenge Rechenschaft für die erfahrenen Mißhandlungen fordern wird von jener Partei der Gender und Reinger, die den Volkstörper gefesselt halten und heute sich anmaßen, auch der Gedankenfreiheit fesseln anzulegen, ohne dabei zu bedenken, daß jede Macht vergänglich ist. Die großen Ideen haben noch immer die überdauernde, die sich am meisten, sie zu knebeln. Unsere heutigen Machthaber haben ja keine Ahnung von einer gefunden und richtig eingestellten Politik der Volkswohlfahrt. Alle ihre Anstrengungen laufen darauf hinaus, bewaffnete Bürgerhorden aufzustellen, die gleich reichenden Hundematten, zur Verteilung und Aufrechterhaltung des unheilvollen monarchischen Regierungssystems verwendet werden. Möge nun das Volk ausgefaßt werden, was kümmert diese sogenannten Berufsverteidiger des Vaterlandes! Ihre ganze Aufmerksamkeit ist aber ausschließlich auf die Verteidigung ihrer eigenen Vorteile gerichtet. Möge der militärische Geist zunehmen und sich auf Kosten des Volksblutes fürten, indem er diesem Volk seine Gedankenfreiheit raubt, seine Söhne auf den afrikanischen Schlachtfeldern zu Krüppeln schießen läßt. Dies ist das wahrheitsgetreue Bild des heutigen spanischen Volkes, die genaue Schilderung der für die Arbeiterschaft unseres Landes schwierigsten Zeit.

Der belgische Metallarbeiterstreik geht weiter

Die letzte Woche fand eine Abstimmung über einen Vermittlungsvorschlag des Vorstehers der Fabrikinspektion, Bruggmans, statt. Da sich dieser Vorschlag nur auf den Maschinenbau bezieht, führten auch bloß die streikenden Maschinenbauer usw. darüber ab, während sich die Ausständigen der Huttenindustrie enthielten. Von den 26 713 Abstimmenden waren laut Le Peuple vom 12. August 17 401 gegen, 9015 für den Vorschlag, der Rest der Stimmen unglücklich. Angesichts der großen Mehrheit der Ablehnenden geht der Streik weiter. Die verhältnismäßig geringe Zahl der an der Abstimmung Teilnehmenden erklärt sich daraus, daß viele Ausständige in andere, meist öffentliche Betriebe eingetreten sind, dann daß die unter 18 Jahre alten Mitglieder nicht mit abstimmen können und schließlich nicht alle Streitenden von der Ausschreibung der Abstimmung erreicht wurden.

Der Diamantarbeiter-Verband in Belgien

beginnt am 1. August sein dreißigjähriges Jubiläum. Dieser Verband ist der größte der Diamantarbeiter-Internationale. Er hat infolge der Entwidlung der belgischen Diamantindustrie in der Nachkriegszeit unter zielbewusster Leitung einen ungeheuren Aufschwung genommen. Jahr gegen Jahr von den 14 000 Beschäftigten der belgischen Diamantindustrie 11 780 an. Die Diamantarbeiter gehören zu den Berufsgruppen, die schon lange vor dem Kriege den Achtstundentag hatten. In Belgien ist fast überall die 44-Stundenwoche eingeführt. Wie folgt die Diamantarbeiter auf ihren Verband sind, das haben die glänzend verlaufenen Jubiläumstreffen in Antwerpen bewiesen, an denen neben den Vertretern der belgischen Arbeiterorganisationen auch Abgesandte der übrigen dem Weltverband angeschlossenen Bruderverbände teilnahmen. Auch die jetzigen sozialistischen Minister waren sämtlich amwesend. Ihre Ausführungen gelegentlich der internationalen Kundgebung in der Antwerpener Börse ließen erkennen, welche große wirtschaftliche Bedeutung die an sich ziffermäßig kleine Diamantindustrie für Belgien hat, zumal dieses Land infolge seines Kolonialbesitzes auch über eigene Rohdiamanten verfügt, im Gegensatz zu Deutschland, dessen Diamantfelder in Südafrika heute von England ausgebeutet werden. Die geladenen Vertreter der belgischen Diamantarbeiter haben in Antwerpen eine überaus herzliche Aufnahme und Zustimmung gefunden.

Viele unserer Metallarbeiterkollegen werden beim Lesen dieser Zeilen fragen, was haben denn die Diamantarbeiter mit der Metallarbeiter-Zeitung zu tun. Sie werden vielleicht nicht wissen, daß diese Berufsgruppe seit Jahrzehnten dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angehört. Anfangs ist dieses Gewerbe seit den siebziger Jahren in Spanien und Umgebung, in Obersteier und Jbar. Da in diesen Städten gleichzeitig auch Edelmetall- und Schmuckwarenindustrie vorhanden ist und diese Branchen im Metallarbeiter-Verband organisiert sind, haben sich auch die berufsverwandten Diamantarbeiter unserer Organisation angeschlossen, obwohl die Steine meistens nur in Lohnarbeit geschliffen werden und zum größten Teil wieder ins Ausland gehen. Zurzeit sind in Deutschland in dieser Industrie etwa 1350 Arbeiter beschäftigt, wovon 1070 im Deutschen Metallarbeiter-Verband sind. Der im kommenden Oktober zu Paris stattfindende Kongreß des Weltverbandes der Diamantarbeiter soll sich in erster Linie mit der internationalen Annäherung der Tarife auf wertbeständiger Basis befassen. Hoffentlich gelingt es unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Länder, hier eine annehmbare Lösung zu finden.

Der deutsch-französische Eisenstrukt

Um den deutsch-französischen Eisenstrukt ist es ziemlich still geworden. Es war in der Tat auch nicht anzunehmen, daß sich die Industrien der beiden Länder auf umfassende Abmachungen festlegen, bevor sich die wirtschaftliche Lage Europas einigermaßen gelockert hat und die verschiedenen Gruppen mit einiger Sicherheit ermessen können, was tatsächlich für sie abfällt. Darauf deutet auch eine Meldung der Frankfurter Zeitung hin, wonach die deutschen Industriellen vor der ursprünglich für Ende Juli in Paris vorgesehenen neuen Zusammenkunft jährlich vorgeschlagen haben, vor der Weiterberatung der Einzelheiten des in Luxemburg getroffenen Abkommens, über das man sich grundsätzlich einig war, zunächst die wichtigste Frage der Einigung aller europäischen Eisenindustrien zu behandeln, um das Problem einer allgemeinen Produktionsregelung in allen Staaten Westeuropas zu klären. Daß auch das seit langem geplante Eisenkartell vorläufig an der Quotenverteilung gescheitert ist, ist wohl auf ähnliche Erwägungen zurückzuführen.

Bekanntlich haben die deutschen Industriellen bei der Behandlung der Frage des deutsch-französischen Abkommens der Eisenindustrien die Bedingung aufgestellt, daß die Franzosen und Belgier innerhalb der nächsten sechs Monate ebenso zu Syndikaten kommen müssen wie die Deutschen, um ihre Erzeugung der Lage des Marktes entsprechend wie die deutschen Werte einschränken zu können. Infolge der durch die Kaluverhältnisse in Frankreich geschaffenen günstigen Wettbewerbsmöglichkeit liegt der französischen Industrie wenig daran, da sie den Zwang zur Einschränkung ihrer Produktion fürchtet.

Endlich wird auch in Hinblick auf die abgebrochenen deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen eine Verschiebung der Besprechungen bis zur Wiederaufnahme der amtlichen Verhandlungen angetrebt. In Belgien haben sich die Fabriken von Dugrée-Marbais sowie die beiden Firmen Ahsus und Boel zu einem Kartell für den Verkauf von gewalztem Eisenstrukt zusammengeschlossen und damit mehr oder weniger einen Schritt in oben angedeuteter Richtung unternommen. Es war besonders die Gesellschaft von Dugrée-Marbais, die die treibende Kraft war, u. a. auch deshalb, weil ihr Ahsus und Boel auf dem internationalen Markt einen mörderischen Wettbewerbs machen. Dugrée-Marbais hat dem neuen Kartell seine Exportabteilung „Socobelge“ (Société commerciale de Belgique) zur Verfügung gestellt. Das Kartell begann seine Wirksamkeit am 1. August. Belgischen Zeitungsmeldungen zufolge soll auch eine Verbindung mit dem deutschen Syndikat für gewalzten Eisenstrukt geplant sein. Die drei belgischen Firmen kontrollieren bereits die Produktion im Großherzogtum Luxemburg.

Vereinbarung zwischen Formern u. Metallarbeitern in Schweden

Der 1922 abgehaltene schwedische Gewerkschaftskongreß beschloß unter anderem, daß die Durchführung der Industrieverbände bis zum Ende des Jahres 1925 geschehen sein müsse. Einer der schärfsten Gegner dieses Beschlusses war der Formerverband (ungefähr 4200 Mitglieder). Auch kein im vorigen Jahre abgehaltener Verbandstag erklärte sich für die Beibehaltung der Berufsverbandsform. Er beantragte jedoch keinen Vorstand, zu versuchen, mit dem Metallindustrialarbeiterverband „eine Vereinbarung wegen eines intimen Zusammenwirkens in größeren Fragen zu treffen, an denen beide Verbände gemeinsam interessiert sind“. Demzufolge fanden Verhandlungen zwischen den beiden Verbänden vorstehend statt. Bei diesen hielten die Vertreter der Formier zwar an der Form des Berufsverbandes fest, jedoch kam es, ähnlich wie es auch schon in anderen Industriezweigen Schwedens geschah, zum Abschluß folgender Vereinbarung:

- 1. Zum Zwecke der Durchführung des auf dem Kongreß der Landesorganisation im Jahre 1922 gefaßten Beschlusses zur Verwirklichung des Industrieverbandsprinzips haben die unterzeichneten Organisationen sich auf folgende als Übergangsform zu betrachtende Richtlinien geeinigt:
- 1. Wenn größere Vertragskündigungen bevorstehen oder größere Kämpfe auszubringen drohen, an denen beide Verbände beteiligt sind, soll von beiden Verbänden gemeinsames und gleichartiges Auftreten ins Auge gefaßt werden.
- 2. Bei Streitigkeiten und Kämpfen geringeren Umfangs, die nur von einem Verbände geführt werden, die jedoch dazu führen können, daß auch der andere Verband davon berührt wird, soll der andere Verband stets darüber auf dem Laufenden gehalten werden.
- 3. Um Reibungen und unlautere Agitation zu vermeiden, verpflichten sich die Verbände, soweit wie möglich gleichartige Beiträge, Unterstüngen usw. durchzuführen. Streitigkeiten betr. Organisationsfragen werden einem besondern Ausschuß überwiesen.
- 4. Zur Durchführung dieses Zusammenwirkens legen die Verbände einen Ausschuß ein, bestehend aus drei Mitgliedern, von denen der Schwedische Metallindustrialarbeiter-Verband zwei und der Schwedische Formier-Verband eins zu stellen hat. Der Ausschuß stellt keine Arbeitsordnung selber auf und seine Beschlüsse unterliegen der Genehmigung durch die betr. Verbandsverbände.

Wie aus dieser Vereinbarung hervorgeht, faßt auch der Formierverband doch die Möglichkeit ins Auge, daß die Berufsverbände der weiterentwickelten Organisationsform zu weichen haben. Das geht schon daraus hervor, daß die Vereinbarung ausdrücklich als Übergangsform bezeichnet wird. Das Landessekretariat der schwedischen Gewerkschaften, dem Gelegenheit gegeben worden war, sich zu der Sache zu äußern, hatte gegen die Vereinbarung nichts einzuwenden. D.

Die Aussperrung im Baugewerbe

Diese Aussperrung scheint sich zu einer Kraftprobe ersten Ranges zwischen Kapital und Arbeit auszuwachsen. Sie wurde herausgefordert nicht bloß von den Bauherren, sondern auch von den hinter diesen stehenden Schwerindustriellen, von den Oberbaufachmachern an Rhein und Ruhr. Zunächst ging der Kampf um höhere Löhne. Gewiß gehören die Bauarbeiter nicht zu den schlechtesten Lohngruppen; aber man beachte, daß sie nur bestimmte Teile im Jahre schaffen können. Selbst im letzten Winter hatte der Baugewerbestand unter seiner Mitgliedschaft während dreier Monate an die 30 000 Arbeitslose. Fügt man zu dieser Tatsache die Steigerung der Lebensmittelpreise — ihre amtliche Messzahl ging von Juni bis Juli allein um 6 Punkte in die Höhe — und hält man sich die stetig steigende Wohnungsrente mit den kommenden Erhöhungen der Steuern und den Hungerzölle vor das Auge, so wird man das Verlangen nach Aufbesserung des Lohnes für begründlich erachten. Weitere Forderungen der Bauarbeiter sind Urlaubsgewährung, Regelung des Lehrlingslohns und verschiedene soziale Lebenserleichterungen, alles Dinge, die die Bauarbeiter bereits durch Reichstagsbeschlüsse, die ihnen jedoch im Frühjahr 1924, als ihnen die Bauunternehmer den Reichstagsvertrag zertrüben vor die Füße geworfen hatten, fast ganz verloren gingen.

Seit jenem Frühjahr tobt im deutschen Baugewerbe ein fast ununterbrochener Kampf. Die Bauunternehmer bestanden auf einen Reichstagsvertrag, der den Verzicht auf den Achtstundentag enthält, alle bisherigen Sozialvergünstigungen verjagt und noch andere unerträgliche Verschlechterungen bot. Zu einem Reichstagsvertrag kam es deshalb nicht, die Bauarbeiter suchten sich drüch oder begünstigt durch Lohnbewegungen und Arbeitskämpfe wirtschaftlich Vorteile zu verschaffen, was ihnen auch überall und wiederholt gelang.

Hinter den Bauunternehmern stehen, wie schon erwähnt, die deutschen Großindustriellen. Auch diesen liegt daran, die Bauarbeiterorganisationen niedezurufen. Der „hohe“ Lohn gibt ein „schlechtes Beispiel“ für die eigenen Industrieklassen, die mit Hungerlöhnen vorlieb nehmen müssen. Auch gilt es als „schlechtes Beispiel“, daß es die Bauarbeiterorganisationen bisher verstanden haben, keinen Vertrag abzuschließen, ohne am Achtstundentag festzuhalten. Deshalb hegen die Industriekapitale ebenfalls zu diesem Kampfe. Nach außen erzählen sie, die Bauarbeiter trieben durch ihre „unverschämte hohen Löhne“ ein frevels Spiel. Die Kosten der Industriebauten seien dadurch so in die Höhe gegangen. Deshalb müßten sie auf weiteres Bauen verzichten, ja, sie müßten sogar begonnene Bauten stilllegen.

Dieser „Grund“ kann wohl bei Armen im Geiste Einbruch erwecken, nicht aber bei Beobachtern, die tiefer schürfen. Nach genauen Berechnungen beträgt heute der Lohnanteil an der Bauumme 28, höchstens 32 vH, während er im Jahre 1913 80 bis 84 vH betrug. In dieser Verschiebung tragen vor allem die Unternehmer mit den Baustoffherzeugern die Schuld. Gemeinjam legen sie, wie wiederholt festgestellt wurde, hinter verschlossenen Türen den Baustoffpreis fest, ein Anzermwähler wird als Mitglied ständiger bezeichnet, die anderen folgen in genau festgelegten Abständen. Der Anzermwähler wird dann verpflichtet, dem „Meistbietenden“ eine Abchlagsumme zu zahlen. So werden Behörden und Private um viele Millionen gerupft. Die Baustoffherzeuger wirken nicht minder an der Verteuerung. Ein gut bürgerliches Blatt, die Neue Leipziger Zeitung, schrieb am 18. Juli, daß besonders die „Ziegel- und Klinkerwerke in den letzten Monaten alle Preissteigerungsversuche geschlagen“ hätten. Jedenfalls dürften die heutigen Baupreise für Baustoffe beweisen, wer das Bauen verteuert. Gemaß betrachtet, ist es nur der Arbeitslohn, der heute noch das Bauen, nach dem Realwert berechnet, verbilligt.

Was bedeutet nun dieser Bauarbeiterkampf? Es gilt dem Unternehmer, dem Eigen der Arbeiterlöhne Einhalt zu gebieten; es gilt, dem Achtstundentag endgültig das Gemid zu brechen. Dazu hat man sich zuerst die Bauarbeiter auferkoren, die sich höhere Löhne zu verschaffen mußten und streng am Achtstundentag festhielten. Diese Tatsachen haben den Kampf im Baugewerbe aus dem Rahmen gewöhnlicher Arbeitskämpfe heraus.

Der Ernst der Lage haben die Bauarbeitergewerkschaften begriffen. Sie werden alle Kräfte anspannen, um dem Gewaltreich des Unternehmertums zu begegnen. Die Bauarbeiter haben zweifellos die gesamte deutsche Arbeiterschaft hinter sich. Möge es ihnen gelingen, die Angriffe der Unternehmer so abzuwehren, daß diese an eine Wiederholung solcher Anschläge so bald nicht wieder denken!

Gewerkschaftl. Jugendtagung in Hamburg

In der Zeit vom 6. bis 9. August fand in Hamburg die dritte Tagung für Fragen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit statt. Es war dies keine Jugendtagung, sondern eine Arbeitsskonferenz, an der die in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit tätigen Funktionäre ohne Unterschied des Alters teilnahmen. Die zweite Tagung, die vor dem letzten Bundeskongreß in Leipzig im Jahre 1922 tagte, hatte eine Reihe von Forderungen aufgestellt, deren Erfüllung heute noch aussteht. Gewiß, durch die Wirren der Inflation mußte manches unterbleiben, Begonnenes unterbrochen werden, das zog auch die Hamburger Tagung in Betracht, pflog darum nicht lange, zwecklose Auseinandersetzungen mit den Führern und ihren vermeintlichen Unterlassungssünden. Die Schwere der letzten Jahre wurde kurz referierend dargestellt und die Tagung widmete dann ihre ganze Zeit der Zukunft. Neue Forderungen wurden gestellt, daneben befaßte man sich eingehend mit den problematischen Fragen der Jugend. Insbesondere die Berufs- und Schulfrage wurde geklärt und das unumgängliche Notwendige in feste Formen der Forderungen an Führerschaft und Geheißgebung gepreßt. Endlos ist die Reihe der Jugendforderungen, dabei sind die Forderungen berechtigt, wie wohl selten eine. Die Jugendangeheißgebung ist in den Anfängen stehen geblieben. Die Unternehmer haben verstanden, die tarifliche Regelung der Jugendfragen hintanzuhalten. Die Reaktion rüft auf der ganzen Linie, das bisherige Ertrugene bei der Jugend gründlich zu befeitigen, gleich, ob es in der Geheißgebung, auf dem Betordnungswege oder in der Tarifregelung erzielt war. Die Jugend soll wieder auf den Stand, den die Jugendlichen und Lehrlinge in Urarbeitslagen bei den Innungsstrukturen innehaben, gebracht werden. Dagegen kämpft die Jugend an. Allein kann sie den Kampf nicht führen. Er kann nur erfolgreich sein, wenn sie gemeinsam mit den älteren Arbeitern im Betriebe für die Forderungen einsteht. Die Alten müssen der Jugend helfen. Die Jugend hat heute begriffen, daß sie allein mit ihren Reden und Maßnahmen gegen das Unternehmertum nichts ausrichten kann, sie ist auf die Hilfe der Älteren angewiesen, danach stellt sie auch ihr Verhalten ein. Den älteren Kollegen sei hiermit aus Herz gelegt, sich mehr wie früher für die Forderungen unserer gewerkschaftlichen Jugend mit einzusetzen. Die Jugend erstrebt viel. Die Hauptforderungen sind: Kürzere Lehrzeit, ausreichende Bezahlung, Befreiung der Prügelstrafe, Begung der Schulzeit in die Arbeitszeit, Jugendurlaubgeheiß, ausreichende Ferien und andere Freizeit, Befreiung des Schulwesens, Befreiung von Über- und Nachtarbeit und noch vieles mehr. Auch von den Verbänden fordert die Jugend die Hilfe materieller und ideeller Art. So verlangt sie die Schaffung eines Reichsferienheims, und die Jugend auf einige Wochen aus dem dumpfen Winkel der Industrie aus Licht der Sonne zu führen, daneben verlangt sie Schaffung von Schulverbesserungen. Überall hat die Jugend Wünsche, deren Erfüllung auch vollständig berechtigt ist. Die Forderungen sind in den Entschlüsseungen der Hamburger Jugendtagung niedergelegt.

Darum auf zur gemeinsamen Arbeit mit der Jugend. Das ist der Wunsch der Hamburger Tagung.

Hätte ich jemals ein Heer angeführt,
Hätt' mit ein Eig in der Hölle gebührt.
Pierre Jean de Béranger

Alle Menschen sind frei und ungleich geboren. Das Ziel des Sozialismus ist, diese natürliche Ungleichheit zu erhalten und aus ihr den größtmöglichen Nutzen zu ziehen.
Grant Allen

